



Japans Premierminister Abe, designerter US-Präsident Trump in New York im November

COURTESY OF PRIME MINISTER'S OFF. / AP IMAGES / PICTURE ALLIANCE

Goodbye, Amerika

Globalisierung Asien wartet gespannt auf den Amtsantritt des US-Präsidenten Trump. Dessen angekündigter Richtungswechsel könnte Chinas Einfluss stärken – zum Verdruss der Japaner.

Unternehmer gelten nicht unbedingt als abergläubisch. Landwirte erst recht nicht. Das ist auch in Japan so – wo sich derzeit ebendiese Berufsgruppen im ganzen Land zu Informationsveranstaltungen treffen.

Bei den kollektiven Fortbildungen geht es um so knifflige Themen wie Zölle und die Klassifizierung von Herkunftsländern. Allesamt ganz handfeste Themen, sollte man meinen – und doch ähneln die Veranstaltungen eher Geisterbeschwörungen.

Denn das Freihandelsabkommen, dessen Details die Experten auf ebenjenen Veranstaltungen so unermüdlich erläutern, wird voraussichtlich nie in Kraft treten. Es ist Makulatur, seitdem der gewählte US-Präsident Donald Trump am 22. November angekündigt hat, gleich nach seiner Amtseinführung aus dem Vertrag der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) aussteigen zu wollen.

Das aber möchte man in Tokio nicht glauben. Noch klammert man sich an die Hoffnung, der künftige US-Präsident habe seine Wahlkampfaussagen nicht so ernst gemeint und werde sich noch umstimmen lassen. Deshalb laufen die Informationsveranstaltungen im ganzen Land weiter. Und deshalb lässt Premierminister Shinzo Abe keine Gelegenheit aus, die

Allianz mit der Schutzmacht USA zu pflegen.

Denn für Japan hängt viel von dem Freihandelsvertrag ab. Die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt hofft auf neue Wachstumsimpulse für seine Industrie. Gemeinsam mit elf anderen pazifischen Ländern – von den USA über Chile bis Vietnam – hatte sie sich auf die Senkung oder die Abschaffung von Zöllen geeinigt sowie auf einheitliche rechtsstaatliche Standards, beispielsweise beim Schutz des geistigen Eigentums.

Mehr noch: TPP ist ein zentraler Pfeiler von Abes Wachstumsstrategie („Abenomics“): Der Premier wollte den Druck von außen nutzen, um die verkrusteten Strukturen aufzubrechen und das eigene Land zu modernisieren – von der herstellenden Industrie bis zur Landwirtschaft.

Außerdem sollte das Freihandelsabkommen Vorteile im Wettbewerb mit China bringen. Das Abkommen war wesentlich gegen den mächtigen Rivalen und seine oft unfairen Handelspraktiken gerichtet.

Deshalb wächst in Tokio jetzt die Angst. Was Trump bisher sagt und tut, deutet darauf hin, dass er den Welthandel als Nullsummenspiel versteht: Er hat gelobt, Jobs nach Amerika zurückzuholen, insbesondere aus Asien – jener Wachstumsregion also, die besonders auf offene Absatzmärk-

te angewiesen ist. Statt auf den Freihandel setzt Trump auf bilateralen Druck, was in Tokio traumatische Erinnerungen an die Achtzigerjahre weckt. Damals musste man mit Washington um Exportquoten für Autoteile und Halbleiter feilschen.

„Was Trump bisher ankündigt, könnte die Zulieferketten gefährden, die unsere Firmen in Asien aufgebaut haben“, sagt Ichiro Hara, Handelsstrategie von Keidanren, dem mächtigen Industrieverband in Tokio. Denn natürlich lassen auch die Japaner Hightechgeräte oft in Japan nur noch vorfertigen. Die Endmontage erfolgt längst in billigeren Nachbarländern wie China.

Daher ist den Japanern auch nicht egal, was Trump den chinesischen Nachbarn androht: Im Wahlkampf kündigte er an, Strafzölle von bis zu 45 Prozent auf Importe aus der Volksrepublik verhängen zu wollen. Ende Dezember nominierte er außerdem Peter Navarro als seinen Chef für Handelsfragen im Weißen Haus. Der Ökonom ist ein ausgewiesener China-Kritiker, seine Bücher tragen Titel wie „Der Kampf um die Zukunft. Die Welt im chinesischen Würgegriff“.

Auch in China, der Weltfabrik, bangt man deshalb um die Offenheit der Märkte, von der auch all die ausländischen Unternehmen profitieren, die dort produzieren.

Allen voran amerikanische und deutsche Firmen. „China ist bereit, Hand in Hand mit anderen Ländern den Protektionismus zu bekämpfen“, schrieb Handelsminister Gao Hucheng jüngst in der „Volkszeitung“, dem Sprachrohr der Kommunistischen Partei.

Dass sich damit ausgerechnet die autoritären Machthaber in Peking zu Vorkämpfern liberaler Handelsprinzipien aufschwingen, ist vergleichsweise absurd. Schotten sie doch sonst strategische Schlüsselindustrien wie die IT-Branche auf ihrem riesigen heimischen Markt gezielt vor ausländischer Konkurrenz ab.

Was also, sollten mit der Ära Trump neue Handelskonflikte ausbrechen? Müssen sich dann auch deutsche Firmen in Asien auf ein raueres Klima einstellen?

„Meine Sorge ist, dass China dann seine Vormacht in Asien beschleunigt ausbauen würde“, sagt Hubert Lienhard, Chef des Anlagenbauers Voith und Vorsitzender des Asien-Pazifik-Ausschusses der deutschen Wirtschaft. „Für die meisten asiatischen Länder wie die Philippinen oder Südkorea ist China ja schon jetzt der größte Handelspartner.“ Diese Länder könnten sich künftig auch sicherheitspolitisch verstärkt an China ausrichten.

Und damit auch an dessen Werten.

Lienhard fordert deshalb eine Strategie von den Europäern. Sie müssten ihren Zu-

gang zu den asiatischen Märkten sichern oder ausbauen. „Wir Europäer brauchen eine ganz klare Vorstellung: Was wollen wir in Asien?“

Aber daran mangelt es: Ein Abkommen der EU mit China, das Investitionen im Reich der Mitte erleichtern und schützen soll, ist immer noch nicht unter Dach und Fach. Dabei halten die Europäer starke Trümpfe in den Händen: Im Zuge seiner globalen Shoppingtour ist China gerade dabei, gezielt Hightechfirmen aufzukaufen, wie jüngst den deutschen Roboterhersteller Kuka. Hier könnte die EU gleiche Rechte auch für europäische Investoren in China einfordern.

Auch die Verhandlungen der EU über ein Freihandelsabkommen mit Indien kommen nicht voran – obwohl es um einen Wachstumsmarkt mit 1,3 Milliarden potenziellen Verbrauchern geht.

Einen Lichtblick in Asien gibt es immerhin: Seit bald vier Jahren verhandeln die Europäer mit Japan über einen Freihandelsvertrag. Das Projekt ähnelt dem Ceta-Abkommen mit Kanada – mit dem Unterschied, dass die japanische Volkswirtschaft dreimal so groß ist wie die kanadische.

Mit Blick auf Trump und die drohende Rückkehr zum Protektionismus zeigt Japan nun großen Ehrgeiz, die Gespräche schnell abzuschließen. Allerdings streiten

beide Seiten nach wie vor über den Zugang für europäischen Käse nach Japan und japanische Autos nach Europa. „Käme der Vertrag mit der EU zustande, wäre das eine symbolische Botschaft für den Freihandel“, sagt Industrielobbyist Hara. Allerdings böte die Vereinbarung nur schwachen Ersatz für den Aufschwung, den Japan sich von TPP erhofft hatte.

Langfristig wird sich deshalb wohl auch Japan China zuwenden – zumal die Volksrepublik sowieso den Anspruch hat, die Richtung der Globalisierung in Asien vorzugeben. Als Vehikel dazu dient den Strategen in Peking die Regionale Umfassende Wirtschaftliche Partnerschaft (RCEP). Dieser Wirtschaftsraum soll aus 16 asiatisch-pazifischen Ländern bestehen, den zehn Asean-Staaten, sowie China, Japan, Südkorea, Indien, Australien und Neuseeland. Die USA sind nicht beteiligt. RCEP würde eine Handelszone von 3,5 Milliarden Menschen schaffen und knapp einem Drittel der Weltwirtschaft entsprechen.

Aber: Die transpazifische Freihandelszone TPP sollte auch rechtsstaatliche Prinzipien im Handel verankern. RCEP dagegen spiegelt maximal den Pragmatismus wider, mit dem China vorgeht. Die angestrebten Zollsenkungen sollen nur Schritt für Schritt umgesetzt werden, zahlreiche Ausnahmen sollen erlaubt bleiben.

Das eigentliche Ziel ist klar, RCEP soll den Weg hin zu einem asiatisch-pazifischen Handelsraum ebnen – in dem natürlich China den Ton angibt.

Dem kann sich auch der US-Verbündete Japan langfristig nicht entziehen. Um sich abzusichern, verhandelt Tokio bei RCEP mit – und hofft trotzdem, Trump zum Umdenken in Sachen TPP bewegen zu können. Man setze darauf, dass die ehemaligen Militärs in Trumps Regierung erkennen, wie nützlich das TPP-Abkommen sei, um den Einfluss der USA in Asien zu wahren, sagt Industriestrategie Hara. „Am schlimmsten wäre es, wenn im Pazifik eine Grenze gezogen würde und Japan sich entscheiden müsste, ob es bei den USA bleibt oder sich auf die Seite von China schlägt.“

Vor genau dieser Wahl aber steht Japan längst. Der Sogwirkung des benachbarten Riesenmarkts China könne es sich auf Dauer nicht entziehen, sagt der Ökonom Yangchun Kwak von der Rikkyo-Universität in Tokio. „Für Japan läuft alles auf RCEP hinaus“. Er rät den Japanern deshalb, sich rechtzeitig umzuorientieren – von Amerika auf Asien.

In der von China dominierten Zone könne die alte Volkswirtschaft sich dann auch eine neue Nische suchen, empfiehlt der Professor allen Ernstes: als Exporteur hochwertiger Agrarprodukte und als Urlaubsziel für asiatische Touristen.

Wieland Wagner

